

nommen werden. Schließlich ist die Preispolitik ein Instrument in den Händen der Monopole, die Bauernschaft auszuplündern und Maximalprofite zu scheffeln. Ausdruck dafür ist die sogenannte Preisschere: das Auseinanderklaffen der Preise für industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Mit ihrer Hilfe fließt ein Teil des in der Landwirtschaft erzeugten Wertes in die Hände der Monopole.

Einige Zahlen aus dem „Agrardienst“ vom 8. 7. 1955 sollen das verdeutlichen. Der Index für die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ist von 1938 = 100 auf 1955 = 199 gestiegen, der Index für industrielle Erzeugnisse aber auf 200. Für sächliche landwirtschaftliche Betriebsmittel (Geräte, Handwerkszeug, Pflüge, Eggen, Bindegarn usw.) liegt der Index bei 214, für Landmaschinen und Zukauffuttermittel bei 231, für Handelsdünger bei 222, für Dachziegel bei 223 und für Mauersteine bei 239. Wörtlich heißt es: „Der Geldwert der Nahrungsmittelproduktion ist seit 1950/51 nur von 100 auf 130 gestiegen, die Preise für einfache Betriebsmittel, wie Kartoffelsortierer und Jauchepumpen, dagegen sind in derselben Zeit von 100 auf 144, 148, gar 164 gestiegen.“ Diese Differenz ist die Quelle des Profits für die Industrie und ein Zeichen der wachsenden Verelendung der Bauern, deren Erzeugungskosten ständig steigen, während der Ertrag sinkt. Dazu kommen noch die Preisunterbietungen infolge übermäßiger Einfuhren, die den Bauern zwingen, seine Erzeugnisse unter den Gestehungskosten abzusetzen.

Nun haben aber nicht etwa die Verbraucher in den Städten etwas von den niedrigen Erzeugerpreisen in der Landwirtschaft. Im Gegenteil: da große Teile des Handels monopolisiert sind, haben sich die Preise für die Grundnahrungsmittel ständig erhöht. Die Folge davon ist, daß in Westdeutschland der Butterverbrauch von 1934/39 bis 1952/53 von 8,6 auf 6,4 kg pro Kopf und Jahr gesunken ist, während der Verbrauch von Margarine in der gleichen Zeit von 6,1 auf 11 kg je Kopf und Jahr gestiegen ist, wie die westdeutsche Zeitschrift „Bauern und Gärtner“ vom 6. 8. 1955 mitteilt.

Ein weiteres Mittel, den Ruin der Bauern herbeizuführen, sind die Steuern und Zinsen. Wenn die werktätigen Bauern 125 bis 200 DM und die Großgrundbesitzer über 100 ha nur 35 DM pro Hektar an Steuern zählen müssen, so zeigt das deutlich, in wessen Interesse in Bonn Politik gemacht wird. Auch in der Umsatzsteuer zeigt sich diese Tendenz. Die „Deutsche Bauernkorrespondenz“ vom 27. 9. 1954 schreibt, daß die Zahl der steuerpflichtigen Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft von 1938 = 100 760 auf 832 842 im Jahre 1950 gestiegen ist, weil die Grenze für den steuerfreien Betrag von 3000 auf 1000 DM herabgesetzt wurde. So stiegen die Steuereinkommen aus der Landwirtschaft von 1938 = 479,3 Millionen RM auf 2665,80 Millionen DM 1950. Mehr als 700 000 kleine und mittlere Bauern müssen jetzt auch auf diese Weise Adenauers Kriegskasse füllen helfen.

Auch die Zinsen sind gestiegen. Sie wuchsen von 1938 bis 1955 von 273 auf 400 Millionen DM an, wie die „Deutsche Bauernzeitung“ vom 23. 6. 1955 zweifellos als verniedlichte Zahl angibt. Es ist kein Wunder, wenn infolge der Preis- und Steuerpolitik die Schulden der westdeutschen Landwirtschaft ständig gewachsen sind. Die Schulden betragen 1948 schon 2,5 Milliarden DM, 1955 dagegen bereits 7 Milliarden DM. Dazu kommen aber noch 1,5 Milliarden DM Handwerker- und Kaufmannsverschuldung der Bauern.

Durch die Ratifizierung der Pariser Verträge ermuntert, geht Bonn jetzt dazu über, in verstärktem Maße Exerzierplätze, Kasernen und Flugplätze zu schaffen. Die letzten Monate brachten deshalb ein Anwachsen der Beschlagnahme von